

Die Antifaschistische Betriebswoche beginnt

Genossen, heute beginnt unsere antifaschistische Kampfwoche in den Betrieben. Die „Rote Fahne“ ist der beste Helfer bei der Mobilisierung der Betriebsarbeiter für die antifaschistische Aktion. Sorgt für einen Massenumsatz eures antifaschistischen Kampforgans in den Betrieben.

Die „Rote Fahne“ bringt:

In dieser Woche besondere Betriebsarbeiterkorrespondenzen, besondere Betriebsreportagen.

Dienstag, den 16. August: BVG.

Mittwoch, den 17. August: AEG-Konzern und Schönwelder Betriebe.

Donnerstag, den 18. August: Siemens-Konzern und die Spandauer Betriebe.

Freitag, den 19. August: Die Tempelhof-Mariefelder Großbetriebe.

Sonnabend, den 20. August: Die Eisenbahnerbetriebe.

Organisiert den Massenvertrieb der „Roten Fahne“, helfe mit, aus jedem Betrieb eine antifaschistische Festung zu machen!

Kundgebung im Wohlfahrtsamt

Massensolidarität verhindert Ermittlung

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Wie jeden Morgen, war am Mittwoch der Andrang auf dem Wohlfahrtsamt Lichtenberg, Schreiberhauer Straße, stark. Männer, Frauen, Jugendliche, die Anträge stellen oder auf Bescheid warten.

Gelangweilt und erbittert sitzen sie und warten, bis sie endlich an der Reihe sind. Plötzlich horcht alles auf. Ein Arbeitsloser ist auf eine Bank gesprungen und spricht zu den Leidensgenossen vom Abbau der Unterstützung und vom geschlossenen Kampf um Brot und Arbeit. Er protestiert im Namen aller gegen die Ermittlungen. Die Erwerbslosen stimmen seinem Ruf zu: Erst kommt das Brot, dann die Miete. Nach Hochrufen auf die Antifaschistische Aktion und auf die SPD, erhält die Internationale. Stumm hören die Angestellten des Wohlfahrtsamtes der Kundgebung zu. Polizei kommt. Es gibt aber nichts zu verhaften. Den ganzen Tag gab es Diskussionen über diese Kundgebung.

In der Finowstraße 1 in Lichtenberg sollte eine Arbeiterfamilie ermittelt werden. Der Ernährer bezieht Wohlfahrtsunterstützung, die nicht einmal zum Sattessen, viel weniger noch für die Miete reicht. Die geplante Ermittlung wurde aber bekannt. Viele Erwerbslose strömten zusammen. Ein Trupp ging von Hof zu Hof und rief die Bewohner der Finowstraße zur Solidarität.

Bald waren es Hunderte, die vor dem Haus Nr. 1 standen. Der Gerichtsvollzieher erklärte, daß er die Ermittlung verschiebe, bis der Arbeiter vom Wohlfahrtsamt eine andere Wohnung zugewiesen bekommt. Auf der Straße hielt eine Arbeiterfrau noch eine kurze begeisterte aufgenommene Ansprache. Alle stimmten in die Hochrufe auf die SPD ein.

Antifaschistische Aktion? — Einverstandene! SPD-Arbeiter legen die drei Pfeile ab ...

„In meinem Wohngebiet“, schreibt uns ein Arbeiter, „in der Ebert-Siedlung, die besonders stark von den Nazis bedroht ist, haben wir schon längere Zeit einen gemeinsamen Wachtienst mit den SPD- und Reichsbannerarbeitern eingerichtet. Gestern traf ich nun mit zwei SPD-Kollegen zusammen; einer ist in einem städtischen Betrieb, der andere im Konsumverein angestellt. Beide waren bei der Reichstagswahl eifrige Werber für die drei Pfeile.“

„Schön“, sagte ich, „Das ist ein erster Schritt. Aber das genügt nicht. Jetzt müßt ihr euch das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion ansetzen und mit uns den Kampf gegen Lohnabbau organisieren und weiter wie bisher den Selbstschutz gegen die braune Mordpest durchzuführen.“

„Einverstandene“, war die Antwort!

Postschaffner ertrunken

Gestern vormittag wurde an der Spreetricke in Niederschöneweide die Leiche des Postschaffners Anton Müller aus Wilmersdorf aus dem Wasser geborgen. Der tote hatte an den Augen erhebliche Verletzungen. Man vermutet, daß Müller bei einem Ohnmachtsanfall in das Wasser stürzte und dabei mit dem Kopf gegen das Brückengeländer schlug. Ein Verbrechen hält die Kriminalpolizei für unwahrscheinlich.

Student vermisst

Der 27 Jahre alte Student Alexander Kofj ist auf der Durchreise von München nach Kewal in Berlin verschwunden. Die Polizei sucht bereits seit einiger Zeit erfolglos nach dem Vermissten.

Jugend ohne Brot

Gefängnis für Verzweiflungstaten — Ein Blick ins Jugendgericht

Jugendgericht: Fünf Berliner Jungproleten im Alter von 18 bis 20 Jahren stehen vor dem Richter. Alle sind sie seit zwei oder gar drei Jahren erwerbslos. Auch die Eltern und Geschwister haben teilweise schon jahrelang keine Arbeit. Die Jungarbeiter hatten nun in ihrer Not im März drei kleine Einbrüche gemacht, von denen zwei mißlungen. Am 20. März wurden sie erwischt.

Sie wollten damals fliehen. Ein Nachtwächter jedoch schoß auf sie. Der Angeklagte L., der eine auf der Straße nach einem Naziüberfall gefundene Pistole bei sich trug, verlor diese beim Rennen. Der junge M. hob sie auf und erwiderte in seiner Angst die Schüsse des Nachtwächters; M. hatte das erstmal in seinem Leben solch ein Ding in der Hand und verlegte unglücklichweise einen Passanten. Gegen ihn wird deshalb noch besonders Anklage wegen Körperverletzung erhoben.

„Was soll ich machen?!“ Der Wohlfahrtsamt hat mir meinen Antrag auf einen Anzug abgelehnt und ich hatte keinen anständigen Faden mehr auf dem Leibe“, sagt anklagend der junge S.

„Aber Sie, Sie hatten doch noch zu essen“, wendet sich der Richter zu dem Angeklagten L.

„Ja, zu essen“, entgegnet in bitterem Ton der Jugendliche. „Aber außer mir waren noch drei Geschwister zu Hause. Mein Bruder hatte ausgeharrt, wurde erwerbslos. Mein Vater ist schwerkrankenbeschädigt und auch erwerbslos. Ich konnte die Sorgen nicht mehr mit ansehen und bin drei Monate von zu Hause weggeblieben.“

Der Richter schüttelt den Kopf, dafür scheint er überhaupt

kein Verständnis zu haben. Dem Jungarbeiter J., der erzählt, wie ihm die Wohlfahrt seinen Antrag auf einen Anzug ablehnte, antwortet der Richter: „Na, na, so schnell lehnt die Wohlfahrt das nun doch nicht ab.“

Der Angeklagte L., der zwei Jahre in der Gefängnisstrafe war, wird gefragt: „Was haben Sie da gelernt?“ Er macht eine Handbewegung — fünf Finger und ein Griff — „Das hab ich gelernt.“

Unter den drückendsten sozialen Verhältnissen sind die fünf Jungarbeiter aufgewachsen. Wohnungselend, Nahrungsjorgen. Die Väter von dreien sind schwerkrankenbeschädigt. Arbeit für die Jungen gab es nicht. Nirgends eine Aussicht. Die Erwerbslosigkeit machte diese jungen Proleten ungeduldig, zermürbte sie in gewissem Grade. Zu Hause hörten sie oft Bormwürfe, daß sie kein Geld verdienen. Vor allem aber: Ihnen fehlte der Anschluß an die revolutionäre Jugend, an den kommunistischen Jugendverband, der ihnen den richtigen Weg gewiesen hätte.

Es war der Kapitalismus, der diese Proletenjungen hoffnungslos aus dem Produktionsprozeß ausschloß, der sie damit erst „schuldig“ werden ließ, um sie dann zur „Strafe“ einzuferkeln.

Auf den Zuhörerbänken schliefen die Mütter der Angeklagten auf. Ein Vater bekommt einen epileptischen Anfall. Mit starren Gesichtern sitzen die Jungen da.

5 bis 7 Monate beantragte der Staatsanwalt.

Das Gericht verkündet dann: Zwei Angeklagte werden zu je fünf Monaten Gefängnis, einer zu sieben Monaten, einer zu sechs Monaten und einer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Morgen in Friedrichsfelde Beisetzung unsres Genossen Slang

Die Berliner Arbeiterschaft gibt dem revolutionären Kämpfer und proletarischen Schriftsteller das letzte Geleit

Um 15 Uhr beginnt die Trauerkundgebung

Kleingärtner kämpfen für Pachtfreie

Die Kampfziele der Interessengemeinschaft proletarischer Kleingärtner, Lichtenberg

Die Pachtzeit für die auf dem Magistratsgelände wie auf dem Ruderbergelände befindlichen Kolonien läuft mit dem 30. September ab. Ein neuer Pachtvertrag muß abgeschlossen werden. Alle Kleingärtner stehen jetzt vor der Aufgabe, gemeinsam mit der Interessengemeinschaft proletarischer Kleingärtner einen entschiedenen Kampf um die Verbesserung der Pachtbedingungen zu führen. Der Bezirksverband vertritt die Kleingärtnerinteressen nicht — als Generalpächter hat er bisher den Landeigentümern den Pachtpreis bis zu 3,5 Pfennig pro Quadratmeter zugestanden, obgleich laut Bericht der Landwirtschaftskammer bereits 1 Pfennig pro Quadratmeter als angemessen betrachtet wird.

Die Interessengemeinschaft proletarischer Kleingärtner, Bezirk Lichtenberg, hat entgegen den bisherigen Pachtverträgen und der verräterischen Praxis des Bezirksverbandes, die den Pächtern unerträgliches Geld bringen, einen Pachtvertrag vorgelegt, dessen Durchsetzung es in geschlossener Einheitsfront zu erkämpfen gilt.

Diesem vorgeschlagenen Pachtvertrag entnehmen wir folgende sehr wesentliche Punkte: Die Pachtzeit erstreckt sich auf den Zeitraum von zehn Jahren. Der Pachtpreis beträgt pro Quadratmeter und Jahr 1 Pfennig. Die Pacht ist in halbjährlichen Raten direkt an den Pächter zu entrichten. Den Pächtern steht das Recht zu, die innerhalb des Pachtgeländes vorhandenen Wege als Zugang und Zufahrt zu benutzen. Der Pächter ist verpflichtet, diese Wege in benutzungswürdigem Zustand zu erhalten.

Auf dem Pachtgelände dürfen, nach dem vorgeschlagenen Pachtvertrag der Interessengemeinschaft, Sommerlauben sowie für die Winterzeit genügende Wohnlauben errichtet werden. Dem Pächter ist gestattet, falls er anderweitig keine Wohnung hat, dauernd auf dem Gelände zu wohnen.

Sondergebühren, Wohnlauben-Anerkennungsgebühren oder steuerliche Abgaben, die der Landeigentümer zu zahlen verpflichtet ist, dürfen von dem Pächter nicht erhoben werden.

Die Kündigung des Geländes darf nur erfolgen, wenn auf diesem für die werktätige Bevölkerung billige Wohnungen durch die Stadt Berlin errichtet werden sollen. Die Kündigung muß ein Jahr vor Inangriffnahme erfolgen.

Jedem Pächter ist Ersatzland und eine Ersatzwohnung durch den Pächter zu beschaffen, sowie eine finanzielle Entschädigung zu gewähren.

Dem Verpächter oder dessen Vertreter ist das Betreten des Pachtgeländes und der Bauflächen nur nach vorheriger Anmeldung gestattet. Diese Bedingungen werden in Form von Einzelpachtverträgen mit jedem Pächter zum Abschluß gebracht.

Kleingärtner! Für diese Bedingungen gilt es zu kämpfen! Laßt euch nicht länger von räuberischen Grundbesitzern eure Not vergolden! Herunter mit der Ruderpergalt! Kämpft in roter Einheitsfront!

Der Arbeiterreporter

Im Haus Bantianstraße 11 fand eine Hausdurchsuchung statt. Auf Grund einer Denunziation eines Nazis errichteten dort gestern ein Ueberfallkommando der Polizei, von der Revierwache Hochstraße 8. Die Hausdurchsuchung hielten sie bei einer parteilosen Mieterin ab. Begründung: Es wären dort nachts Waffen mit Waffen abgeladen worden (!). Nach überaus gründlichem Suchen wurde allerdings nichts gefunden. Der Hauptmann Lindigkeit, der im Zimmer das Bild Lenins sah, konnte sich's nicht verkneifen, darüber eine abfällige Bemerkung zu machen. Aufersdem empfahl er der parteilosen Frau, daß sie ihre Tochter entweder in der SPD oder NSDAP organisieren solle, nicht aber bei den Kommunisten. Die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter in der Umgebung glaubten bisher, daß Lindigkeit ein Republikaner sei.

In Reutlingen und in Brigg sind in letzter Zeit eine ganze Reihe von Nazi-Terrorakten verübt worden. Antilich hieß es bisher, es fehle von den Tätern jede Spur. Doch die Spähen pfeifen es von den Dächern, daß diese Terrorakte vom SA-Sturm 51 ausgeführt wurden, der in dem Lokal Radower Str. 95 sein „Heim“ hat. Dieser Sturm besteht einen Glieder, der in Radow bei einem Naziwahn steht und die Nummer IA 90878 trägt. Zur Verstärkung war vergangene Woche und Anfang dieser Woche ein weiterer Terrortrupp aus Dessau dem Sturm zugeteilt. Die zugeleiteten Banditen trafen mit einem Lieferwagen der Astoria-Werke Dessau ein. Auch dieser Wagen, der die Nummer A 7541 hat, wurde zu den Nachtfahrten der SA benutzt. Für alle Antifaschisten Reutlingen heißt es: Größte Aufmerksamkeit!

Fordern Sie heute noch: 10 DICKE PARI-ZIGARETTEN für nur 25 PFENNIGE. Sie erhalten dann mehr für Ihr Geld; denn DICKE PARI-Zigaretten werden aus edlen Orient-Tabaken hergestellt und sind höheren Preislagen bestimmt ebenbürtig. Wer DICKE PARI raucht, raucht billiger und besser! • Jetzt auch 4-Stück-Packung 10 Pfennig.